

Handelsblatt print: Heft 245/2022 vom 19.12.2022, S. 6 / Politik

NEUE AFRIKA-STRATEGIE

## Den Wettlauf gegen China gewinnen

**Deutschland will den "Marshallplan mit Afrika" durch eine neue Strategie ersetzen - und sich gegen China durchsetzen. Es geht um Energie, Rohstoffe und neue Absatzmärkte.**

Als Kanzler Olaf Scholz (SPD) Ende November seine Rede zur Verleihung des deutschen Afrikapreises hält, macht er eine Prophezeiung. "Die Welt der 21. Jahrhunderts wird keine Welt mit nur einem oder zwei starken Machtzentren sein", sagte Scholz. Stattdessen sieht er eine multipolare Ordnung mit "einem globalen Gravitationszentrum": Afrika. Doch schon im nächsten Satz muss er anerkennen: "Auch andere haben diesen Bedeutungszuwachs Afrikas längst erkannt - und nutzen ihn auf ihre Weise."

Ein wichtiger Hebel, um Deutschland im neuen Wettlauf um Afrika im Rennen zu halten, ist die Entwicklungszusammenarbeit. Svenja Schulze (SPD), Bundesentwicklungsministerin, will jetzt eine neue Afrikastrategie vorlegen, die den bisher geltenden "Marshallplan mit Afrika" ersetzen soll. Der Strategieentwurf liegt dem Handelsblatt exklusiv vor. Das Papier soll Antworten auf die globalen Krisen liefern - nicht nur für Afrika, sondern auch für Deutschland.

Auch wenn der Entwurf noch nicht beschlossen ist, erwartet das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) keine grundlegenden Änderungen mehr, da die anderen Ressorts in die Ausarbeitung eingebunden waren. Das Papier soll Ende Januar präsentiert werden. Mit dem Plan will sich Deutschland gegen die Konkurrenz vor Ort durchsetzen. China nutzt seinen Einfluss unter anderem immer wieder dazu, afrikanische Staaten in seinem Sinne bei den Vereinten Nationen abstimmen zu lassen.

### Auch die Türkei und Golfstaaten gelten als Konkurrenten

Neben China und Russland nennt das Papier auch die Türkei oder die Golfstaaten als Konkurrenz auf dem Kontinent "Sie bauen Infrastruktur und streben nach Zugang zu Rohstoffen, Märkten und politischem Einfluss", heißt es. Laut einem Handout des BMZ an Ministerien und Parlamentarier sei eine starke deutsche Partnerschaft mit Afrika das Resultat von "Solidarität und Verantwortung", aber auch "aufgeklärtem Eigeninteresse" im Bereich Fachkräfte, **Energiewende** und der Diversifizierung von Lieferketten.

"Die Strategie kann dafür sorgen, afrikanischen Ländern klarzumachen, in welchen Bereichen Deutschland der attraktivste Partner ist", sagt Tobias Heidland, der das Forschungszentrum Internationale Entwicklung beim Institut für Weltwirtschaft in Kiel leitet. Die relevanten Politikfelder wie Wirtschafts-, Außen- und Entwicklungspolitik arbeiteten bei der Ampelregierung stärker zusammen.

Dadurch könne Deutschland seine Vorteile gegenüber anderen potenziellen Partnern wie China besser präsentieren. Zu diesen Vorteilen zählt Heidland etwa Deutschlands Industrie und Mittelstand, die mit einer Produktionsverlagerung nach Afrika viel zur Entwicklung beitragen könnten.

Das Dilemma: Deutschland will die eigenen Vorzüge anpreisen und vom afrikanischen Markt profitieren, ohne sich dabei dem Vorwurf der Selbstbereicherung auszusetzen oder in die Kritik zu geraten, man betreibe eine Politik "von oben herab". Dies war einer der zentralen Kritikpunkte am "Marshallplan mit Afrika" von Gerd Müller (CSU). Müllers Afrikastrategie von 2017 sei in vielen Ländern als "paternalistisch" wahrgenommen worden, heißt es aus Kreisen der Entwicklungszusammenarbeit. Diesen Eindruck will die Bundesregierung in Zukunft vermeiden - und setzt auf eine vertiefte "Reflexion der Folgen der Kolonialzeit". Zu diesem Zweck ist auch Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) seit Sonntag in Nigeria, um um 20 in der Kolonialzeit entwendete Benin-Bronzen zurückzugeben.

Der neue Tenor der Zusammenarbeit heißt "Win-Win", etwa im Bereich **erneuerbare Energien**. Das BMZ will die Produktion von grünem Wasserstoff in Afrika und den "Aufbau lokaler Wasserstoffwirtschaften" fördern. Davon sollen einerseits die Menschen vor Ort profitieren, andererseits soll auch ein Beitrag zur nationalen Wasserstoffstrategie der Bundesregierung geleistet werden. Mit Marokko, Tunesien, Südafrika und Algerien arbeitet das BMZ in diesem Bereich bereits zusammen, eine Partnerschaft mit Kenia ist in Vorbereitung. Wie wichtig der grüne **Energieträger** ist, hatte der Besuch von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) Anfang Dezember im südlichen Afrika gezeigt. Die ehemalige deutsche Kolonie Namibia gilt als ein potenzieller neuer Lieferant von **Energie** aus Wind und Sonne. Deutschland will 30 Millionen Euro für Pilotprojekte vor Ort bereitstellen. Habeck warnte bei seinem Besuch vor einem "**Energie**-Imperialismus". Kooperationen müssten zuerst den Menschen in Namibia nutzen.

Auch bei mineralischen Rohstoffen wie Kobalt will das BMZ darauf hinarbeiten, "Transparenz und Zertifizierung" in den

Lieferketten zu verbessern. Momentan wird die Lieferkette für Kobalt, das für die Elektroindustrie von enormer Bedeutung ist, von chinesischen Firmen bestimmt. Die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) berichtete 2019 von eklatanten Menschenrechtsverletzungen beim Abbau in kongolesischen Minen. Deutsche Unternehmen kommen kaum direkt an den kritischen Rohstoff. Ihnen fehlt der Zugang und sie sind auch aus rechtlichen Gründen auf menschenrechtskonforme Lieferketten angewiesen. Das Ministerium will sich dafür einsetzen, dass die mineralischen Rohstoffe "unter Wahrung von Menschenrechts-, Sozial- und Umweltstandards entlang der gesamten Lieferkette gewonnen und weiterverarbeitet werden können".

Auch beim Thema Kredite stehen viele afrikanische Staaten in Beziehung zu China. Einige Staaten, wie etwa Angola und Kamerun, haben hohe Schulden bei chinesischen Staatsbanken. Diese Schuldenlast hemme "dringend benötigte Investitionen", warnt das BMZ. Ein Problem, das sich im Zuge der globalen Zinswende noch verstärken dürfte. Deutschland will daher beim "Schuldenmanagement" helfen. Doch die Hilfe könnte sogar noch weiter gehen. Nach Handelsblatt-Informationen erwägt die Bundesregierung das Instrument der Schuldenumwandlung zu reformieren und aktiver zu nutzen. Die Staaten verpflichten sich gegenüber Deutschland, Entwicklungsprojekte im eigenen Land zu finanzieren und erhalten dafür im Gegenzug einen Schuldenerlass in mindestens gleicher Höhe.

Deutsches Geld könnte auch direkt fließen. Grundsätzlich kann Partnerländern durch Budgethilfen, also Zahlungen direkt an die Staaten, Liquidität bereitgestellt werden, wodurch es den Partnerländern erleichtert wird, ihre Schulden zu bedienen. Während der bisher gültige "Marshallplan" seinen Fokus auf die Mobilisierung von Privatinvestitionen legte, findet sich dieser Punkt in der neuen Strategie erst auf Seite 28 von 30. Trotzdem verspricht die Entwicklungsministerin, "innovative Finanzierungsinstrumente" zu entwickeln.

Durch Garantien, bei denen Mittel aus dem Bundeshaushalt zum Einsatz kommen, könnte etwa das Risiko bei Investitionen in afrikanische Unternehmen gesenkt werden. Bisher waren die Bemühungen, deutsches Kapital zu mobilisieren, allerdings kaum erfolgreich: Lediglich rund ein Prozent der deutschen Auslandsinvestitionen geht nach Afrika. Einen Strategieschwenk will das Ministerium bei der Migration vornehmen.

In Zukunft soll der Fokus darauf liegen, legale Migrationsmöglichkeiten zu unterstützen. Dafür sollen Beratungszentren in den afrikanischen Partnerländern zu Zentren für "Migration und Entwicklung" weiterentwickelt werden.

?Kommentar Seite 17

### ZITATE FAKTEN MEINUNGEN

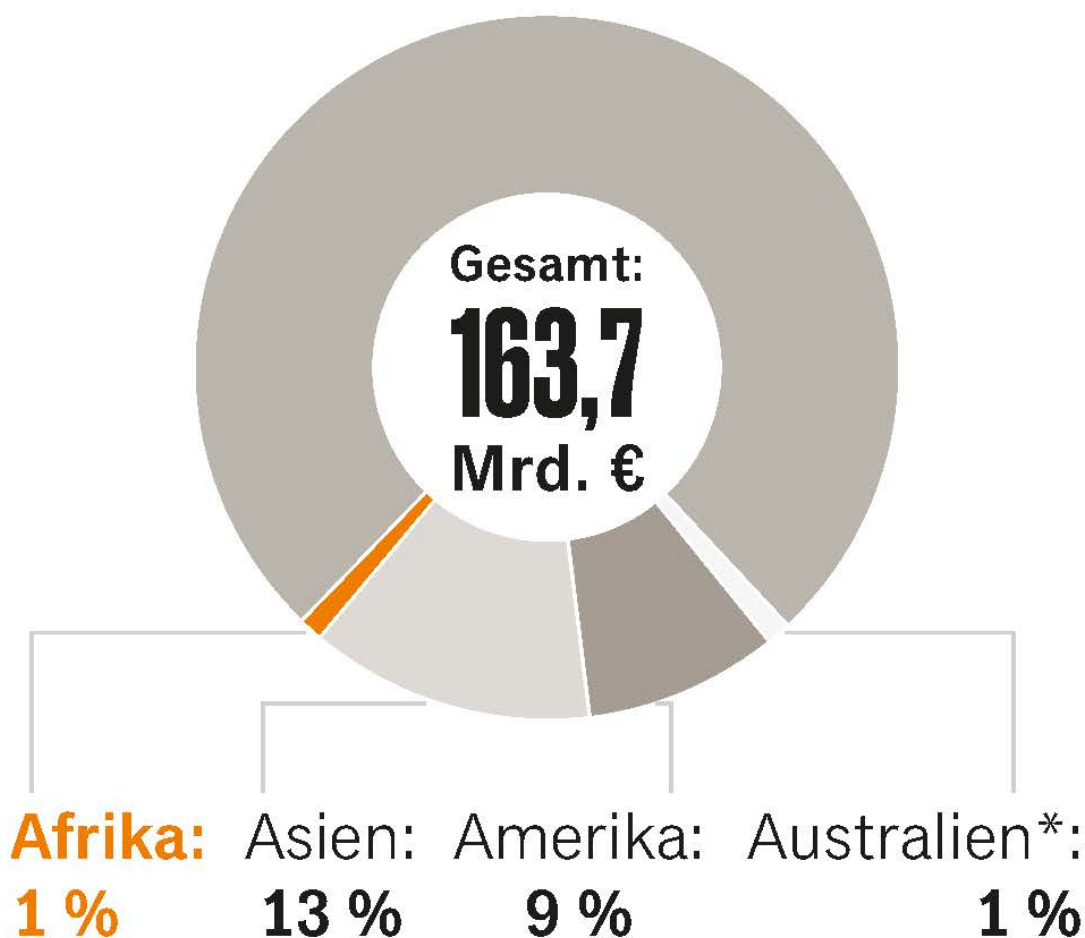
Auch andere haben diesen Bedeutungszuwachs Afrikas längst erkannt - und nutzen ihn auf ihre Weise.

Olaf Scholz Bundeskanzler

# Deutsche Direktinvestitionen

## Zuflüsse 2021 nach Kontinenten in Mrd. Euro

**Europa: 76 %**



\*Inkl. Ozeanien und Polarregion

**HANDELSBLATT**

**Quelle:** Deutsche Bundesbank

Handelsblatt Nr. 245 vom 19.12.2022

© Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten.

Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an [nutzungsrechte@vhb.de](mailto:nutzungsrechte@vhb.de).

*Stiens, Teresa*

**Quelle:** Handelsblatt print: Heft 245/2022 vom 19.12.2022, S. 6


**Ressort:** Politik

**Dokumentnummer:** 5D07E6E2-9D48-4F98-8A4F-DAE730133FF9

**Dauerhafte Adresse des Dokuments:**

[https://www.wiso-net.de/document/HB\\_\\_5D07E6E2-9D48-4F98-8A4F-DAE730133FF9%7CHBPM\\_\\_5D07E6E2-9D48-4F98-8A4F-I](https://www.wiso-net.de/document/HB__5D07E6E2-9D48-4F98-8A4F-DAE730133FF9%7CHBPM__5D07E6E2-9D48-4F98-8A4F-I)

Alle Rechte vorbehalten: (c) Handelsblatt GmbH

 © GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH